

Bedrohliche Situationen in unserer Gesellschaft verlangen nach grundlegenden Veränderungen – Probleme erfordern Einfallsreichtum im Denken und Handeln: Kreativität, Flexibilität und Dynamik führen zu Erkenntnissen und Lösungen.

Die Sanierung der Deutschland AG oder Die Utopie einer permanenten, dynamischen Erneuerung der Gesellschaft

© Alf Baumhöfer - Unternehmensberater / Bankkaufmann + Diplom-Ökonom, Oktober 2004

Ein kurzer Abriss des 20. Jahrhunderts

Das 20. Jahrhundert war in Deutschland durch Extreme geprägt, die das Bild vom „hässlichen Deutschen“ und dem „Wirtschaftswunder“ mit dem Qualitätsmerkmal „Made in Germany“ prägten.

Am Anfang des letzten Jahrhunderts fühlte sich das Reich Kaiser Wilhelms II. aufgerufen, die Vormachtstellung Englands, Frankreichs und Russlands herauszufordern, um sich eine angemessene Geltung zu verschaffen.

Längst hatte man sich im internationalen Handel durchgesetzt, deutsche Wissenschaft und Technologie wurden zum Synonym für Fortschritt; das Automobil trat seinen Siegeszug um die Welt an.

Das Kaiserreich hatte das ehrgeizige Ziel, sich nicht nur durch Erfolge in Forschung und Wirtschaft Respekt zu verschaffen, sondern das Deutsche Reich sollte wie das British Empire ein Weltreich werden – notfalls mit Gewalt. Der dann verlorene 1. Weltkrieg führte zu Massengräbern und Massenarmut - und zu den Versailler Verträgen, die den nächsten Krieg schon vorbereiteten.

Die Reparationszahlungen und die Weltwirtschaftskrise beschleunigten Inflation und Arbeitslosigkeit, bei der die Deutschen ihr gesamtes Geldvermögen verloren. Seitdem ist den Deutschen ein ausgesprochenes **Bedürfnis nach Stabilität mit sicheren wirtschaftlichen Verhältnissen** und einer **harten Währung** geblieben.

Ideologen von rechts und links polarisierten die deutsche Gesellschaft und schürten den Wunsch nach stabilen Verhältnissen. Hitler, von vielen als das „kleinere Übel“ unterschätzt, stand für ein neues deutsches Reich. Zerstörerische Selbstüberschätzung, Führerwillkür, Desinformation und Unterdrückung wurden bis ins Extrem betrieben, das Land wurde gleichgeschaltet. Wirtschaftlich stieg Deutschland über eine hohe Verschuldung und wirtschaftlicher Ausbeutung "angeschlossener" Länder und Landesteile wie Phönix aus der Asche auf und baute in wenigen Jahren über Arbeitsprogramme die Arbeitslosigkeit ab.

Ab Ende der 30er Jahre wurde mit der verstärkten Verfolgung und Vernichtung von Juden, Minderheiten und Kritikern sowie dem Überfall auf Polen der globale Konsens endgültig verlassen. Der II. Weltkrieg führte zur Zerstörung weiter Teile Europas und zur Vernichtung der europäischen Juden.

Nach dem Zusammenbruch war Deutschland, in dessen Namen die industrielle Massenvernichtung sowie Vernichtungskriege begangen wurden, gebrandmarkt: jeder einzelne Deutsche trug an der kollektiven Verantwortung. Auch wenn der Holocaust in Deutschland niemals mehrheitsfähig gewesen wäre und Hitler ihn deshalb zur

Geheimsache erklärte, hatte das Volk in typischer Untertanenmentalität die Diskriminierung der Mitbürger hingenommen, weggeschaut und teilweise bei der Vernichtung mitgeholfen.

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war geprägt durch die Weltmächte USA und UdSSR sowie die Teilung Deutschlands. BRD und DDR wollten ihrer jeweiligen Siegermacht zeigen, was freie Marktwirtschaft bzw. sozialistische Disziplin und Überwachung heißen.

1949 schlug die Geburtsstunde unseres Grundgesetzes: U. a. werden hieraus die herausragende Stellung der Tarifparteien und der Föderalismus abgeleitet. Durch das **Kartell** von **Gewerkschaften** und **Arbeitgeberverbänden** wurde den Unternehmen eine **individuelle Gestaltung** von **Arbeitszeiten** und **Arbeitsentgelten** aus der Hand genommen. Dieses erweist sich immer mehr als ein Grund für die hohe Arbeitslosigkeit und ist eine Ursache für unsere wirtschaftlichen Probleme.

Beim Föderalismus wollte man vor allem einen Rückfall in den alten Zentralismus und Obrigkeitsstaat verhindern. Leider wurde der Föderalismus immer mehr abgebaut und statt Wettbewerb der Zwang zum Konsens bevorzugt. Im Eifer der Angleichung und Schaffung von gleichen Lebensbedingungen ging jeder **originelle Impuls** verloren - es begann das **Mittelmaß** zu herrschen (Hans-Olaf Henkel, Die Ethik des Erfolgs, München 2002).

Eines der Hauptprobleme ist der lähmende Einfluss der Verbände und Organisationen: der Gewerkschaften, Arbeitgebervereinigungen, Kammern, Berufsgenossenschaften, Kassenärztlichen Vereinigungen, Wohlfahrtseinrichtungen usf. (Unternehmensberater Roland Berger)

Über Jahrzehnte, zum Teil über Jahrhunderte sind machtvolle Organisationen herangewachsen, die ihre Interessen und Besitzstände verteidigen. Auch stammen viele Gesetze, die heute den freien Markt in Deutschland behindern, aus dem Dritten Reich: z. B. ist der Einzug der Kirchensteuer über Arbeitgeber und den Staat weltweit ebenso einmalig, wie die Steuerfreiheit für Feiertags- und Nachtarbeitszuschläge. In den Bereichen Energie, Rundfunk und Fernsehen, Verkehr, Gesundheitswesen ist kaum Wettbewerb vorhanden oder privatwirtschaftliche Mitbewerber werden benachteiligt.

„Das deutsche Bürgertum... gesellschaftlich bei weitem in der Majorität, kulturell tonangebend, ökonomisch erfolgreich, ... überließ das Feld dem großen Kapital, den Gewerkschaften und den Verbänden“ (Hans-Magnus Enzensberger, aus: Der Spiegel, 46 / 2002, S. 74).

Grundlegende Veränderungen in der deutschen Gesellschaft kamen fast immer von außen, ob bei der Befreiung von der Nazidiktatur und dem Aufbau einer demokratischen Gesellschaft (1945) oder bei der sogenannten Wende (1989); nur 1933 wurde bewußt ein grundlegender Wandel herbeigeführt - nur dieser führte in die Katastrophe.

Die Strukturkrise in Deutschland

Am Beginn des 3. Jahrtausends haben wir seit fast 60 Jahren Frieden, Freiheit und Wohlstand in Deutschland – und in Gesellschaft und Wirtschaft verfestigte, teilweise überholte Strukturen. Der Strukturwandel muß an Fahrt gewinnen, damit wir das Erreichte erhalten sowie uns und unseren Kindern die Zukunft nicht verbauen.

Überholte Strukturen, staatliche Überversorgung und einmal erworbene Besitzstände werden verteidigt und verhindern das Entstehen von neuen Märkten mit innovativen Produkten und Dienstleistungen. Folgen sind Wachstumsschwäche, hohe Haushaltsdefizite, hohe Arbeitslosigkeit und fehlende Visionen: Die deutsche "Gefälligkeitsdemokratie" (Guido Westerwelle) behindert geradezu Reformen und Innovationen. Wir brauchen mehr Kritik als Motor der Erneuerung (vgl. Margarita Mathiopoloulos, Die geschlossene Gesellschaft und ihre Freunde, 1997).

Hemmschuhe sind u.a. das hohe Maß an Regulierung und hohe direkte und indirekte Steuern und Abgaben verbunden mit einer fast 50 %igen Staatsquote, die uns in unserer wirtschaftlichen Weiterentwicklung behindern. Während in den meisten westlichen Ländern grundlegende Reformen zumindest teilweise umgesetzt wurden, lassen sich die Deutschen oft von regulierten und erstarrten Strukturen lähmen, wobei Großstrukturen von Staat, Wirtschaft und Organisationen sich gegenseitig fördern.

Arbeitslosigkeit

In Deutschland sind zur Zeit ca. 10 % (4,3 Mio.) der Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet, davon sind über die Hälfte 1 Jahr und länger arbeitslos.

Im internationalen Vergleich sind bei uns die Lohnkosten einschl. Lohnnebenkosten zu hoch. Lohnerhöhungen in Höhe der Inflationsrate und des Produktivitätsfortschritts fördern die Verlagerung arbeitsintensiver Produktionsprozesse nach Osteuropa und verhindern die Entstehung neuer Arbeitsplätze. Wie die dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit zeigt, haben zu viele Arbeitnehmer aufgrund der hohen Lohngesamtsummen ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt verloren.

Das trotz dieser Wettbewerbsnachteile der Export so hoch wie noch nie war, ist darauf zurückzuführen, daß ein wachsender Wertanteil der Exporte insbes. bei arbeitsintensiven Vorprodukten im Ausland produziert wird.

Flexiblere Arbeitsmärkte, eine stärkere aktive Arbeitsmarktpolitik (Lohnsubventionen insbes. bei Niedriglöhnen, praxisnahe Qualifizierungen), bessere Kinderbetreuung, der Abbau von Erhaltungssubventionen und dynamische Märkte in Verbindung mit permanenten Reformen führen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit und damit auch zur Erhöhung der Kaufkraft.

Den arbeitsfähigen Arbeitslosen muß über Anreize klar werden, daß es ihnen bei jeder Arbeit besser geht, als mit alleiniger staatlicher Unterstützung. Der Abstand von Niedriglöhnen zur Arbeitslosen- und Sozialhilfe muß hierbei wesentlich größer werden. Der Staat muß in Zukunft insbes. für weniger Leistungsfähige verstärkt Lohnzuschüsse statt Lohnersatzleistungen zahlen. Weniger leistungsfähige Arbeitnehmer würden mit niedrigerem Lohn und Lohnzuschüssen besser dastehen als heute.

Staatsverschuldung

Bund, Länder und Gemeinden haben insbes. in den letzten 30 Jahren fast 1.300 Mrd. EUR Schulden angehäuft – das sind 64 % unseres BIP. 1970 betragen die Schulden 18 %, 1980 schon 31 % und 1990 42 % vom BIP.

Die Wiedervereinigung hat hierbei die Staatsverschuldung beschleunigt. Zur Zeit steigt die Gesamtverschuldung um 90 Mrd. EUR pro Jahr. Nirgends wächst der Schuldenberg so rasant wie in Deutschland: Während Länder wie Großbritannien und die USA nach Jahren kräftigen Schuldenabbaues die Verschuldung erst in Zeiten konjunktureller Schwäche bzw. hoher Militärausgaben erhöhen, war dieses in Deutschland nicht festzustellen.

Seit Adenauer ist der Anteil der Sozialleistungen am Bruttosozialprodukt doppelt so schnell gewachsen wie die Wirtschaftskraft. Der insbes. über Lohnnebenkosten finanzierte Sozialstaat verteuerte die Arbeit - parallel dazu wurden nicht mehr wettbewerbsfähige Industrien subventioniert. Dieses führte auch dazu, daß seit Ende der siebziger Jahre immer weniger Kapital nach Deutschland fließt, aber immer mehr deutsches Kapital im Ausland investiert wird.

Der Staat wird hierbei zum Hemmschuh für den Wohlstand, wenn er sich nicht aus der Schuldenfalle befreit. Dieses heißt eine kompromisslose Umsetzung von ausgeglichenen Haushalten bei Bund, Ländern und Gemeinden, um als nächstes Ziel in einem Zeitraum von 15-20 Jahren die Schulden kontinuierlich zu tilgen, denn es darf nicht sein, das über eine inflationäre Entwicklung der Staat seinen Verpflichtungen nachkommt.

Die Geschichte hat gezeigt, daß bei steigenden Staatsschulden der Geldwert sinkt - dieses darf sich aber nicht wiederholen - deshalb wird es unabdingbar sein, die Staatquoten wesentlich zu verringern und die Effizienz im öffentlichen Dienst bei niedrigeren Personalkosten zu erhöhen.

Alterssicherung

Deutschland wird bei abnehmender Bevölkerungszahl zukünftig schneller altern: Während 1975 das Durchschnittsalter 36 Jahre betrug, liegt es heute bei 40 Jahren, 2025 bei 48 Jahren und 2050 bei 51 Jahren. Immer weniger Menschen müssen für immer mehr Rentner produktiv arbeiten, wenn die Lebensarbeitszeit nicht wesentlich

verlängert wird bzw. eine Frühpensionierung unter 60 Jahren nicht die Ausnahme bleibt und das durchschnittliche, tatsächliche Rentenalter von 60 auf 65 Jahre erhöht wird.

Das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern lag bei Gründung unseres Rentensystems bei 3 : 1, binnen einer Generation muß ein Beitragszahler annähernd einen Rentner finanzieren. Da dieses nicht realistisch ist, wird es für immer mehr Menschen trotz privater Vorsorge unumgänglich sein aufgrund einer zu geringen Altersversorgung bis ins hohe Alter zumindest in Teilzeit zu arbeiten.

Die öffentliche Hand wird die fehlende Altersversorgung immer weniger ausgleichen, da die kontinuierliche Erweiterung der Sozialleistungen und der Anstieg der Zahl der Leistungs-berechtigten schon heute fast unbezahlbar geworden sind. Zukünftig wird der Sozialstaat nicht mehr den Lebensstandard des einzelnen sichern, sondern nur noch zur Existenzsicherung beitragen.

Der Sozialstaat muß kurz- und mittelfristig stärker umgebaut werden, als Regierung und Opposition es wagen (zu sagen). In einer sozialen Marktwirtschaft kann es nicht nur um Verteilungsgerechtigkeit gehen, sondern der Einzelne hat nur noch Anspruch auf die Solidarität der Gemeinschaft, wenn er zuvor seine eigene Verantwortung wahrnimmt.

"Die brutalste und unsozialste Politik, die es geben kann, ist offensichtlich jene, die durch das starre Festhalten an nicht mehr finanzierbaren Sozialausgaben ein wachsendes Herr von Arbeitslosen produziert" (Peter Schneider, Der Spiegel Nr. 28 / 2004).

Soziale Gerechtigkeit bemißt sich hierbei nicht nur an der Höhe der (teilweise unbezahlbaren) Sozialleistungen des Staates, sondern auch am sozialen Engagement jedes Einzelnen.

Auch wenn spektakuläre Technikdurchbrüche, Trend- und Börsenentwicklungen sowie radikale Umsetzungen von Reformen stattfinden, wird dieses alles im jetzigen Jahrzehnt keine kurz- und mittelfristige Erlösung bringen: Die demokratischen Gesellschaften stecken in einer Strukturkrise, die erst in einem längeren, permanenten Umbau bewältigt werden kann.

Hierbei ist ein erster Schritt unsere Arbeits- und Sozialsysteme grundlegend zu reformieren und zu deregulieren sowie Bürger und Unternehmen durch eine radikale und grundlegende Steuerreform zu entlasten. Man wird hierbei nicht umhin kommen, sich gegen starke Interessen und Populisten jeglicher Couleur durchzusetzen.

Auch müssen wir schneller anpassungsfähiger werden, um das zu schützen, was für uns einen großen Wert hat. Denn: "Nur wenig kann so bleiben, wie es heute ist" (Helmut Schmidt, Die Zeit vom 26.8.2004).

Es müssen die Marktkräfte stärker zur Entfaltung kommen und nur dort sollte gezielt geholfen werden, wo Hilfe wirklich benötigt wird. Dieses bedeutet auch mehr Wettbewerb zuzulassen und immer mehr Wettbewerbsbenachteiligungen aufzuheben.

Hierbei sollte ein dezentralisierter Staat die Vielfalt in der Gesellschaft stärker fördern als große Unternehmen und Organisationen im Prozeß der Globalisierung und Konzentration.

Das Schlagwort "small is beautiful" ist aktueller denn je, weil kleine und mittlere Strukturen nicht nur überproportional mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen, sondern auch krisenresistenter sind.

Neben mehr Marktwirtschaft müssen wir auch mehr Demokratie wagen, um die Verkrustungen und Erstarrungen aufzubrechen – und dieses mit Leidenschaft. So können wir z. B. mehr neue Unternehmen gründen und mehr neue Arbeitsplätze schaffen, ökonomischen Wohlstand ermöglichen und soziale Gerechtigkeit in Zukunft besser gewährleisten - denn die Geschichte und die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung in vielen westlichen Staaten zeigt: (wirtschaftliche) Freiheit führt zu Wohlstand.